

3793/AB XXI.GP

Eingelangt am: 01.07.2002

BUNDESKANZLER

Die Abgeordneten zum Nationalrat Verzetsnitsch und Genossinnen haben am 30. April 2002 unter der Nr. 3821/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Ankündigung des österreichischen Finanzministers, die ÖIAG in der nächsten Legislaturperiode aufzulösen, gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Einleitend ist festzuhalten, daß nicht einsichtig ist, warum Privatisierungen durch die Anfragesteller grundsätzlich negativ dargestellt werden. Dies umso mehr, als diese Bundesregierung im Unterschied zu den sozialdemokratischen Finanzministern der Vorgängerregierungen die Privatisierungserlöse nicht zum "Stopfen" von Budgetlöchern, sondern im Sinne einer Zukunftssicherung für künftige Generationen zur Tilgung von Altschulden durch die ÖIAG verwendet hat bzw. verwenden wird.

Hinzu kommt, daß sich eindeutig erwiesen hat, daß der Staat im Vergleich zu privaten Unternehmen der schlechtere Unternehmer ist und damit längerfristig gesehen tatsächlich kein Garant für sichere Arbeitsplätze ist. Dies beruht nicht zuletzt auch auf dem Faktum, daß die Organe von Gesellschaften mit hoher Staatsbeteiligung in der Vergangenheit nicht völlig frei von politischen Einflüssen agieren konnten.

Die Bundesregierung hat dieses Faktum unmittelbar nach ihrem Amtsantritt zum Anlaß genommen, in der ÖIAG einen unabhängigen Aufsichtsrat zu installieren, der sich aus national und international in Wirtschaftsangelegenheiten erfahrenen, erfolgreichen Unternehmern zusammensetzt.

Um jegliche politische Einflußnahmemöglichkeit von vornherein zu vermeiden, wurden diese Aufsichtsratsmitglieder aus einer von einem unabhängigen externen Berater erstellten Vorschlagsliste ausgewählt. Weiters wurde in den Satzungen des Aufsichtsrates festgelegt, daß neue Mitglieder des Aufsichtsrates von diesem selbst bestellt werden.

Zu den Fragen 1 und 2:

Die Bundesregierung hat mit dem auf Grundlage des ÖIAG-Gesetzes 2000 erteilten umfangreichen Privatisierungsauftrag an die österreichische Industrieholding AG (ÖIAG) klar zum Ausdruck gebracht, daß der Rückzug des Staates aus der Wirtschaft das Gebot der Stunde ist. Die im Privatisierungsauftrag angeführten Privatisierungsvorhaben wurden in der Zwischenzeit mit Ausnahme der noch bestehenden Beteiligung an der Telekom Austria AG bereits zur Gänze abgewickelt. Es obliegt dem Bundesminister für Finanzen als dem Vertreter der Republik Österreich als Alleinaktionärin der ÖIAG, weitere Zielvorgaben zu entwickeln.

Wie der beiliegenden "Chronologie der Privatisierungen" zu entnehmen ist, ist der Verkauf von Bundesbeteiligungen kein Novum dieser Bundesregierung. Seit 1993 haben Vorgängerregierungen eine Vielzahl von Bundesbeteiligungen veräußert, teilweise mit mäßigem Erfolg, wie dies auch der Rechnungshof beispielsweise in seinem Prüfungsbericht betreffend die Veräußerung der AMAG festgestellt hat. Als positives Beispiel einer Privatisierung, wie sie professionell durch diese Bundesregierung durchgeführt wurde, sei die ATW genannt.

Zu Frage 3:

Grundlage für die Tätigkeit der ÖIAG ist das ÖIAG-Gesetz 2000 sowie der gemäß § 7 Abs. 1 dieses Gesetzes ergangene Privatisierungsauftrag der Bundesregierung.

Von der Ausarbeitung eines eigenen "Unternehmenskonzeptes der ÖIAG" wurde im Hinblick darauf Abstand genommen, daß die Aufgaben und Ziele der ÖIAG durch das Gesetz eindeutig definiert und im Privatisierungsprogramm gemäß § 8 Abs. 4 ÖIAG-Gesetz ausreichend detailliert dargestellt sind. Der Aufsichtsrat der ÖIAG hat nun den Vorstand ersucht, ein langfristiges Untemehmenskonzept auszuarbeiten. Dieses Konzept wird derzeit erstellt.

Zu den Fragen 4 und 5:

Im Interesse der Optimierung der Verkaufserlöse liegt die Entscheidung über Zeitpunkt und Ausmaß einer Privatisierung gemäß dem ÖIAG-Gesetz 2000 im pflichtgemäßen Ermessen der Organe der ÖIAG. Dabei sind die Interessen der jeweiligen Beteiligungsgesellschaft der ÖIAG sowie die Interessen des Bundes insbesondere im Hinblick auf die Bedienung der Schulden der ÖIAG angemessen zu berücksichtigen.

Zu Frage 6:

Die Einflußnahme der ÖIAG auf ihre Beteiligungsgesellschaften und die Verantwortlichkeit der Organe richtet sich ausschließlich nach den Bestimmungen des ÖIAG-Gesetzes 2000 und des Aktiengesetzes.

Zu den Fragen 7 und 8:

Die ÖIAG hat gemäß § 7 (3) ÖIAG-Gesetz 2000 im Zusammenhang mit einem etwaigen vollständigen Verkauf der Telekom Austria AG die Interessen der Telekom Austria AG, der ÖIAG sowie die Interessen des Bundes insbesondere im Hinblick auf die Bedienung der Schulden der ÖIAG angemessen zu berücksichtigen und außerdem in Entsprechung des Privatisierungsauftrages vom 17. Mai 2000 im Interesse der Bevölkerung den bestmöglichen Erlös unter Berücksichtigung der Interessen des Unternehmens unter Wahrung österreichischer Interessen zu erzielen. Von der Bildung einer "Arbeitsgruppe zur Wahrung der österreichischen Interessen" ist nichts bekannt.

Da das von der Telekom Austria AG betriebene Staatsgrundnetz mit Jahresende 2001 im Einvernehmen mit den zuständigen Bundesdienststellen aufgelassen wurde, sind im Zusammenhang mit einem etwaigen vollständigen Verkauf der Telekom Austria AG keinerlei Sicherheitsprobleme zu erwarten.

Zu den Fragen 9 und 10:

Zur Bedeutung von Pensionskassen im Zusammenhang mit Privatisierungen ist festzustellen, daß Pensionskassen gemäß § 25 Pensionskassengesetz Beschränkungen bei der Veranlagung in Aktien unterworfen sind. Demnach dürfen maximal 5 % des einer Veranlagungs- und Risikogemeinschaft zugeordneten Vermögens in Vermögenswerten eines Ausstellers investiert bzw. Aktien von höchstens 5 % des Grundkapitals einer Aktiengesellschaft erworben werden. Hinzu kommen in Zukunft mögliche Anlagen aus den Mitarbeitervorsorgekassen entsprechend den gesetzlichen Veranlagungsvorschriften.

Zu Frage 11:

Sicherlich. Eine Privatisierung aller Beteiligungen der ÖIAG kann aber natürlich nur über einen längeren Zeitraum vom österreichischen Kapitalmarkt aufgenommen werden. In der Vergangenheit hat sich gezeigt, daß eine Privatisierung im Hinblick auf die geringe Liquidität der Wiener Börse immer auch die Plazierung eines wesentlichen Anteils im Ausland erforderte.

In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, daß die Bundesregierung mit der Einsetzung von Herrn Generaldirektor Dr. Schenz zum Kapitalmarktbeauftragten erstmals eine institutionelle Basis für die unbedingt notwendige Bündelung aller privaten und öffentlichen Kräfte zur Stärkung des österreichischen Kapitalmarktes geschaffen hat. Mit diesem innovativen Ansatz, der eine konzertierte Anstrengung aller Marktteilnehmer und der Politik ermöglicht, soll die Situation des österreichischen Kapitalmarktes deutlich verbessert werden.

Zu Frage 12:

Ja.

Zu Frage 13:

Die Bundesregierung hat zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Österreich ein umfassendes Instrumentarium eingerichtet, das auch in der Zukunft erfolgreich eingesetzt und weiterentwickelt wird.

Anlage

ANLAGE
zu PA 3821

Chronologie der 100 %-Privatisierungen

- Nov. 1993: 100%-iger Verkauf der A.S.A. an eine französische Unternehmung
- Juli 1994: Abgabe der restlichen 26% an AMS durch Private placement
- Nov. 1994: 100%-iger Verkauf der AT&S an eine Bietergruppe, der auch das bisherige Management angehört
- Nov. 1994: Abgabe der restlichen 26% an VAE über die Börse
- März 1995: Verkauf der Schoeller-Bleckmann Oilfield Equipment AG an ein österreichisches Privatunternehmen; Verkauf der Schoeller-Bleckmann Edelstahlrohr GmbH. an das Management (MBO)
- Mai 1995: Verkauf der Bernhard Steiner Werkzeugmaschinen GmbH., Villingen, BRD.
- Dez. 1995: Verkauf der Weller Werkzeugmaschinen GmbH.&Co. KG an das Management (MBO)
- Juni 1996: Verkauf von 100% der GIWOG-Wohnbaugruppe (inkl. Tochtergesellschaften SAG und GEMYBAG) an 5 österreichische gemeinnützige Wohnbaugesellschaften
- Nov 1996: Verkauf von 100% der VA Bergtechnik an die finnischen Unternehmen Tampella Corp. und Tamrock Oy
- Nov 1996: Verkauf von 100% der AMAG an die Bietergruppe Hammerer (Management) - Constantia (österreichische Industriegruppe)
- Mai 1997: Verkauf von 100% der Salinen AG an die Bietergruppe Androsch/RLB OÖ/Thomanek

Chronologie der Privatisierungen

- Jul 1993: Mehrheitliche Privatisierung der AMS durch Abgabe von 74% über die Börse
- Nov. 1993: Abgabe von weiteren 25% an der VAE (alte und junge Aktien), mehrheitliche Privatisierung über die Börse
- Nov. 1993: 100%-iger Verkauf der A.S.A. an eine französische Unternehmung
- Dez. 1993: Abgabe von weiteren 48% an der SGP-VT an Siemens AG Österreich
- Mai 1994: Mehrheitliche Privatisierung der VA Technologie AG durch Abgabe von 51% über die Börse; größte Kapitalmarkttransaktion in Österreich bisher
- Mai 1994: Reduktion der OMV-Anteile auf 53% durch Veräußerung von 20% an IPIC. Bis Jahresende Weiterführung der mehrheitlichen Privatisierung der OMV durch Rückzug auf 50% minus eine Aktie
- Jul 1994: Abgabe der restlichen 26% an AMS durch Private placement
- Nov. 1994: 100%-iger Verkauf der AT&S an eine Bietersgruppe, der auch das bisherige Management angehört.
- Nov. 1994: Abgabe der restlichen 26% an VAE über die Börse
- März 1995: Abgabe von 27,3% an der Böhler-Uddeholm AG über die Börse
- März 1995: Verkauf der Schoeller-Blockmann Oilfield Equipment AG an ein österreichisches Privatunternehmen; Verkauf der Schoeller-Blockmann Edelstahlrohr GmbH. an das Management (MBO)
- Mai 1995: Verkauf der Bernhard Stetzel Werkzeugmaschinen GmbH., Villingen, BRD.
- Okt. 1995: Abgabe von 31,7% an der VA Stahl AG über die Börse
- Dez. 1995: Verkauf der Weller Werkzeugmaschinen GmbH.&Co. KG an das Management (MBO)
- Feb. 1996: Abgabe von 4,6% an der VA Stahl AG an einen institutionellen Investor.
- März 1996: Mehrheitliche Privatisierung der Böhler-Uddeholm AG durch Abgabe von 47,7% im Zuge eines Secondary Offerings über die Börse
- Mai 1996: Abgabe von 14,8% der OMV AG im Zuge eines Secondary Offerings über die Börse, wodurch sich der Anteil der ÖIAG an der OMV auf 35% reduziert
- Juni 1996: Verkauf von 100% der GWOG-Wohnbaugruppe (inkl. Tochtergesellschaften SAG und GEMYSAG) an 5 österreichische gemeinnützige Wohnbaugesellschaften
- Jul 1996: Verkauf von 77% der VAMED an den deutschen Medizintechnikkonzern Fresenius und 10% an die Bank Austria
- Nov 1996: Verkauf von 100% der VA Bergtechnik an die finnischen Unternehmen Tempalia Corp. und Tamrock Oy
- Nov 1996: Verkauf von 100% der AMAG an die Bietersgruppe Hammerer (Management) - Constantia (österreichische Industriegruppe)
- Mai 1997: Verkauf von 100% der Salinen AG an die Bietersgruppe Androsch/RLB - OÖ/Thomanek
- Nov. 1997: Abgabe von 49,5% an der Austria Tabak über die Börse
- März 1998: Abgabe von 9,4% an der Austria Tabak durch Direktplatzierung an institutionelle Investoren (Blocktrade)
- Mai 1998: Durch eine Kapitalerhöhung der AUA reduzierte sich der ÖIAG-Anteil auf 39,72% durch Nichtausnutzung der Bezugserichte

Nov. 2000	Verkauf von 100 % der PSK an die Bank für Arbeit und Wirtschaft AG
Nov. 2000	Abgabe von 22,4 % an der Telekom Austria AG über die Börse und Abgabe von 4,8 % aufgrund vertraglicher Vereinbarungen an die STET International (Telekom Italia)
Nov. 2000	Verkauf von 2,62 % der Flughafen Wien AG (insgesamt 5,24 %) an die Stadt Wien und an das Land Niederösterreich und Abgabe von 3,22 % im Zuge eines Aktienrückkaufs der Flughafen Wien AG